

Die Krise in der Krise

Austeritätspolitik und die Wiederholung der Geschichte

Von Karl Georg Zinn

Momentan sieht es danach aus, als würde sich die Geschichte wiederholen – eben so, wie sich Geschichte üblicherweise wiederholt, nämlich aus Sicht der jeweiligen Zeitgenossen als etwas scheinbar völlig Neues und Anderes. Fest steht jedenfalls: Die beiden großen Krisen, die von heute und die der 1930er Jahre, bestätigten die Kapitalismuskritiker. Gegenwärtig wie in den 30ern gingen die Weltwirtschaftskrisen vom Kernland des westlichen Kapitalismus, den USA, aus. Damals allerdings wurde der Kapitalismus gerettet – vermutlich nicht trotz, sondern wegen des Weltkriegs und seiner „Nachfrageeffekte“. Die Zeche zahlten nur zum geringsten Teil die Verantwortlichen. Die Masse der Kosten blieb an der großen Mehrheit hängen.

Auch heute ist die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise das Resultat des westkapitalistischen Missmanagements der vergangenen 30 Jahre. Die Volksrepublik China und Indien, die beiden bevölkerungsstärksten Länder der Erde, erlebten während der vergangenen drei Jahre weder einen vergleichbaren Wachstumseinbruch wie die Länder des Westens, noch bedrohten fallierende Banken und überbordende Staatsverschuldung die vergleichsweise stabile Entwicklung in den beiden asiatischen Mega-Ökonomien.

Von Asien oder Afrika aus – also von außen betrachtet – lässt sich somit die Ähnlichkeit des Heute und des Damals durchaus wahrnehmen. Doch dank der zwischenzeitlich fundamental veränderten globalen Machtverhältnisse wird der Westkapitalismus seine einstige Phönix-Rolle dieses Mal kaum wiederholen können. Im Gegenteil: Noch ist längst nicht ausgemacht, ob die historische Dimension der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre – einer Krise, die vor allem durch Massenarbeitslosigkeit und Massenverelendung gekennzeichnet war – von den gegenwärtigen Krisen letztlich nicht noch weit übertroffen wird. Und diese Gefahr ist heute keineswegs gebannt.

Seit 1929 ist nicht nur die Weltbevölkerung um fast fünf Milliarden Menschen gewachsen, infolge der Industrialisierung und Urbanisierung sind gegenwärtig auch weit mehr Menschen von den (industriellen) Wirtschaftskrisen betroffen. Global betrachtet stellt Massenarbeitslosigkeit ein permanentes Problem dar und ist nicht „nur“ eine rein konjunkturbedingte Erscheinung.

Auch für die Europäische Union (EU) ist Massenarbeitslosigkeit inzwischen zu einem „Normalzustand“ geworden. In den 1970er Jahren lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote in Europa bei 4,0 Prozent, in den 1980er Jahren

stieg sie auf 9,3, in den 1990er Jahren dann auf 9,7 Prozent. Auch während der Jahre vor Beginn der gegenwärtigen Krise sank sie nur auf 8,7 Prozent. In den beiden vergangenen Jahren, 2010 und 2011, überstieg die Arbeitslosenquote sogar die Zehnprozentschwelle,¹ obgleich nach dem globalen Produktions- und Beschäftigungsrückgang von 2008/2009 staatliche Ausgabenprogramme (vor allem in den USA und China) erhebliche Wachstumsimpulse ausgelöst hatten.

Seit dem Spätherbst 2011 wird die Weltöffentlichkeit nun auf einen erneuten Wachstumsrückgang eingestimmt. Den Auftakt machte der Internationale Währungsfonds (IWF) mit der Warnung vor einer Depression – möglicherweise im Ausmaß der 1930er Jahre. Der IWF blieb mit seinem pessimistischen Ausblick nicht isoliert.² Den heftigsten Pessimismus-Schub brachte dann kurz vor Weihnachten die Warnung der Europäischen Zentralbank (EZB) vor einer „neuen Bankenkrise“ und vor „noch nie dagewesenen Problemen“.³

Das Problem Massenarbeitslosigkeit wird sich also noch weiter verschärfen. Vorhersehbar war das allerdings schon während des euphorisch gefeierten „Aufschwungjahres“ 2010.⁴ Denn nach dem Auslaufen der staatlichen Ausgabenprogramme war die Rückkehr zu einem unterhalb der Beschäftigungsschwelle verlaufenden langfristigen Wachstumstrend unschwer zu erwarten.

Die Krise in der Krise nach 1929

Für die exotische Konstellation einer „Krise in der Krise“ scheint die Große Depression nach 1929 auf den ersten Blick keine Parallele zu bieten. Doch bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass die südeuropäischen Schuldnerstaaten sich heute in einer der deutschen Situation am Ende der Weimarer Republik nicht ganz unähnlichen Lage befinden. Sie erleben eine Krise in der Krise:

In beiden Fällen – 1929 und 2011 ff. – sind die Länder einem von ausländischen Regierungen ausgeübten Druck ausgesetzt, Staatsausgaben massiv zu kürzen, um wenigstens mittel- bis langfristig ihre Auslandsschulden bezahlen zu können. Das Spardiktat hatte damals verheerende Folgen für Deutschland – und letztlich für die Welt. Ist das aber gegenwärtig völlig anders?

Nach nationalökonomischer Schulmeinung bedeutet Sparen den Verzicht auf die konsumtive Verwendung von Einkommen und somit erst einmal einen Nachfrageausfall. Wird die Ersparnis dazu verwendet, Investitionsvorhaben in etwa gleicher Höhe wie das Sparvolumen zu finanzieren, so kompensiert das nicht nur den Nachfrageausfall, sondern stärkt in der Regel auch die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft und das Wachstum. Dient die Ersparnis jedoch nur dazu, Auslandsschulden zu begleichen, fließt also das Ersparnis aus

1 Vgl. European Central Bank, Statistics, Pocket Book, November 2011, S. 9, Tab. 2.1.

2 Stephan Kaufmann, IWF warnt vor Depression, in: „Frankfurter Rundschau“ (FR), 17./18.12.2011, S. 13.

3 Dirk Heilmann, Draghi warnt vor neuer Bankenkrise, in: „Handelsblatt“, 20.12.2011, S. 4; Anna Siegeters, EZB sieht systemische Krise, in: FR, 20.2.2011, S. 15.

4 Karl Georg Zinn, Die verschleierte Stagnation oder die Antiquiertheit des Wachstumsglaubens in reichen Volkswirtschaften, in: „Kurswechsel“, 1/2011, S. 39-52; ders., Wegschwärmern der Rezession? Nein, Rückkehr zum langfristigen Trend, in: „Sozialismus“, 10/2011, S. 151.

der Binnenwirtschaft ab, fehlt im Inland ein Teil der bisherigen Gesamtnachfrage. Das vermindert Wachstum, Investitionen und Leistungsfähigkeit und lässt die Arbeitslosigkeit steigen.

Ein Land mit nationaler Währung muss sich allerdings die Devisen für die Verzinsung und Tilgung seiner Auslandsschulden durch Exportüberschüsse verdienen. In der Europäischen Währungsunion (EWU) ist das hingegen nicht der Fall. Die bestehenden Regelungen in der EWU sehen vor, dass ein Land für Überweisungen ins Ausland in unbegrenzter Höhe Zentralbankgeld in Anspruch nehmen kann. Zentralbankgeld kann bekanntlich einfach gedruckt bzw. durch einen Buchungsvorgang geschaffen werden. Dies geschieht im Rahmen des von der EZB installierten, jüngst ins Gerede gekommenen Mechanismus mit dem Namen „Target-2“ (auf Deutsch: Echtzeit-Brutto-Zahlungssystem des Eurosystems).⁵ Lediglich in dem unter den gegebenen Umständen recht unwahrscheinlichen Fall, dass die zwecks Schuldentilgung ins Ausland abfließenden Beträge als Nachfrage nach Exportgütern des Schuldnerlandes umgehend zurückkommen, wird die Inlandsnachfrage nicht sinken und die Kontraktionswirkung bleibt aus.

Die Situation der südeuropäischen Schuldnerländer ist damit eigentlich noch vertrackter als die Deutschlands während der Großen Depression der 1930er Jahre. Damals fehlten nämlich die Devisen, um Kapitalflucht in größerem Umfang zu finanzieren. Das ist heute dank „Target-2“ ganz anders. Die EZB finanziert die Kapitalflucht in unbegrenzter Höhe sowohl innerhalb der EWU als auch in Richtung Drittländer. Deshalb fließen ja auch laufende Kapitalflucht-Euro aus den PIGS-Staaten (I steht hier für Italien) ins vermeintlich noch sichere Ausland. (Nicht alle Zufluchtsorte tragen Schweizer Namen, aber manche schon.)

Deutschland: Vom Bittsteller zum Diktierenden

Die deutschen Positionen von heute und damals, zu Beginn der 1930er Jahre, sind so gegensätzlich wie Weiß und Schwarz. Damals war Deutschland Bittsteller: Die von Deutschland, genauer: von der deutschen Regierung unter Reichskanzler Brüning, von 1930 an praktizierte Politik des „Sparens, um Auslandsschulden zu bedienen“ zahlte sich bekanntlich weder für die Deutschen noch für die Glaubigerländer aus, und weder ökonomisch noch politisch fand das große Opfer der scharfen Deflationspolitik bei den Göttern Gehör. Es erwies sich vielmehr als eine Teufelsbeschwörung. Die Brüningssche Deflationspolitik düngte nochmals kräftig den Boden, auf dem die deutsche Katastrophe heranwuchs.

Brünings aufrichtiges Bemühen, Deutschland leiden zu lassen, um dem Ausland seinen guten Willen zu demonstrieren, den Schuldverpflichtungen irgendwie zu genügen, war das falsche Konzept zur falschen Zeit. Dass die Kritik an der „Erfüllungspolitik“ während der 1920er Jahre vor allem vom deut-

⁵ Vgl. Karl Georg Zinn, Unaufällige Vermehrung des Zentralbankkredits: Kapitalflucht in Euro-Land und Target-2, in: „Sozialismus“, 12/2011, S. 301.

schen Rechtsextremismus forciert worden war, liefert keine Rechtfertigung für Brüning. Anlässlich eines Vortrags im Januar 1932, vor Hamburger Publikum, machte der britische Nationalökonom John Maynard Keynes keinen Hehl aus seiner Skepsis gegenüber jener deutschen Bereitschaft, dem Versailler Vertrag zu genügen: „Während der vergangenen Jahre kamen mir recht oft Zweifel an der Weisheit der sogenannten Erfüllungspolitik. Ich denke, dass ich als deutscher Staatsmann oder Wirtschaftswissenschaftler vermutlich gegen sie opponiert hätte.“⁶

Die Gläubigerfalle und der Shylock-Effekt

Was vor und dann nach 1933 in Deutschland geschah, ist selbstredend zuallererst ein Problem der Deutschen und ihrer Geschichte. Dennoch verbietet diese Tatsache nicht zu fragen, welche Mitverantwortung die Siegermächte des Ersten Weltkrieges für die Fehlentwicklungen der jungen deutschen Demokratie nach 1918 hatten. Es war der schon zitierte Keynes, der diese Frage nicht nur sehr früh und in aller Öffentlichkeit gestellt, sondern auch eine klare Antwort gegeben hatte. Für Keynes wie für alle seine Landsleute und die anderen Kriegsgegner des Deutschen Reiches stand zwar die deutsche Kriegsschuld außer Zweifel, doch daraus leitete Keynes weder eine Legitimation für die unsinnigen, weil unerfüllbaren Bedingungen des Versailler Vertrags ab noch gar für die Gleichgültigkeit der Siegermächte gegenüber der innenpolitischen Entwicklung im besiegten Deutschland. Hätten sich die demokratischen Regierungen der Siegernationen nicht intensiv darum bemühen müssen, der Weimarer Republik von Anfang an den Weg in eine stabile demokratische Zukunft zu ebnen?

Über die innenpolitische Zerrissenheit Deutschlands bestand bei seinen Nachbarn keine Unklarheit. Die Siegermächte wären im eigenen Interesse gehalten gewesen, die mentalen Befindlichkeiten in einem Volk, das weder alle Spuren seiner Kriegsbegeisterung von 1914 ausgetilgt noch gar eine demokratische Tradition vorzuweisen hatte, in Rechnung zu stellen. Das geschah nicht bzw. viel zu spät. Keynes gehörte zu den ganz wenigen Ausländern, die das deutsche Unheil voraussahen. In der letzten Augustwoche des Jahres 1922 kam Keynes nach Hamburg, wo er auf einer Weltwirtschaftskonferenz, die anlässlich der „Hamburger Übersee-Woche“ stattfand, einen Vortrag hielt. Über seine Hamburger Eindrücke sandte er einige kurze Artikel an den „Manchester Guardian“. Am 28. August 1922 erschien in dem Blatt ein Text unter der Überschrift „Deutsche Bevölkerung verängstigt vor Unsicherheit“.⁷ Darin sprach sich Keynes für umgehende Wirtschaftshilfe aus und unterstrich seine Forderung mit den weit über wirtschaftliche Aspekte hinausweisenden politischen Folgen der äußerst prekären deutschen Situa-

6 John Maynard Keynes, *The Economic Prospects 1932*, in: *Collected Writings*, Bd. 21, London-Basingstoke 1982, S. 47, Übers. des Autors.

7 John Maynard Keynes, *German People terrified by Uncertainty*, in: *Collected Writings*, Bd. 18, London-Basingstoke 1978, S. 26-31, Übers. des Autors.

tion: „Die Öffentlichkeit ist pessimistisch und deprimiert und hat alle Zuversicht verloren. Unter diesen Umständen gehen jedermanns Gedanken auch unfreiwillig in Richtung jener gefährlichen Elemente, die unter der deutschen Oberfläche verborgen liegen. Es sei daran erinnert, dass die wirksame Waffe der jungen Republik gegen die reaktionären Organisationen im Generalstreik bestand, und die Arbeiterklasse unterstützte die Regierung, weil die Beschäftigungslage gut und der Lebensstandard hinreichend waren. Aber welcher Winter steht Deutschland jetzt bevor? [...] Ich bemerke [...] die verbreitete Wahrnehmung, dass Arbeitslosigkeit und Nahrungsmittelknappheit von den Massen als Zeichen für das Versagen des gegenwärtigen Regimes angesehen werden, so dass ihre Bereitschaft, das Regime zu verteidigen, recht lauwarm sein dürfte. Unter solchen Umständen könnte ein neuer Putsch von rechts oder von links die Berliner Regierung hinwegfegen. In Deutschland ist es gegenwärtig nicht ungewöhnlich zu vernehmen: ‚Wir stehen am Rande eines Bürgerkriegs.‘“⁸

Das Versagen der staatlichen Eliten

Demokratien werden weder von extremistischen Parteien noch von Terroristen zu Fall gebracht, sondern durch das Versagen ihres gewählten Führungspersonals. Diesem ist anzulasten, wenn der Vertrauensverlust in ihre Kompetenz, anstehende Probleme zu lösen, die Mehrheit oder auch nur eine große Minderheit der Wählerschaft erfasst. Erst dann kommen die Extremisten zum Zuge. Das war bei den deutschen Reichstagswahlen am Ende der Weimarer Republik der Fall, und es könnte sich in einem oder mehreren Peripherieländern der Europäischen Währungsunion wiederholen. Im Januar 1932 hielt sich Keynes, wie erwähnt, für einen kurzen Besuch in Deutschland auf. Erschüttert von der verzweifelten wirtschaftlichen und politischen Situation des Landes, publizierte er noch vor Ende des Monats Januar in zwei renommierten angelsächsischen Zeitschriften einen Alarmruf, um die britische und amerikanische Öffentlichkeit und die Regierungen zu Zugeständnissen an die deutsche Regierung zu bewegen, nämlich die Reparationsverpflichtungen auszusetzen oder ganz darauf zu verzichten. „Zu viele Menschen in Deutschland haben nichts, worauf sie ihre Zuversicht gründen können – nichts, außer irgendeinem ‚Wechsel‘, ein völlig vager und unbestimmter, aber eben ein Wechsel.“⁹

Es dürfte wohl nur Keynes' diplomatischer Semantik geschuldet sein, dass er von „Wechsel“ (*change*) redete; gemeint war hingegen der radikale politische Umbruch. Es dauerte kaum mehr als ein Jahr nach Keynes' öffentlicher Warnung und *der* Machtwechsel in Deutschland hatte stattgefunden. Er fiel so umstürzend aus, dass dann nur noch von Machtergreifung gesprochen wurde.

Das Vertrauen in die demokratische Regierung, ja in die Demokratie überhaupt war dahingeschwunden. Brünnings Deflationspolitik hatte die Auswir-

⁸ Ebd. S. 30f.

⁹ John Maynard Keynes, *An End of Reparations?*, in: *Collected Writings*, Bd. 18, London-Basingstoke 1978, S. 366-369, hier S. 366.

kungen der Weltwirtschaftskrise auf Deutschland in einem Ausmaß potenziert, das sich deutlich von den Krisenerscheinungen in anderen europäischen Ländern abhob. Um noch mal den Zeitzeugen Keynes zu Wort kommen zu lassen: „Das heutige Deutschland wird von der schrecklichsten Deflation geschüttelt, die je irgendeine Nation erlebte. Dem Besucher des Landes bietet sich ein ungewöhnliches Beispiel für die Folgen einer solchen Politik, wenn sie ins Extrem getrieben wird.“¹⁰

Keynes hegte keinen Zweifel, dass die aus dem Versailler Vertrag resultierenden Lasten der deutschen Volkswirtschaft letztlich zu jener kontraproduktiven Deflationspolitik der Brüning-Regierung mit beigetragen hatten, wenn sie nicht sogar den Hauptgrund der Fehlentwicklung bildeten. Schon kurz nach Kriegsende, 1919 und 1922, hatte Keynes seine scharfe Kritik an den unrealistischen, weil unerfüllbaren Bedingungen des Versailler Vertrages in zwei weltweit wahrgenommenen Broschüren publiziert.¹¹ Und bereits in seiner Analyse von 1919 hatte er sich keineswegs auf die rein ökonomischen Probleme beschränkt, sondern – zutreffend – die fatalen politischen Konsequenzen prognostiziert, die aus einer Überlastung und Demütigung des kriegsbesiegten Deutschlands erwachsen würden, nämlich nicht zuletzt militanter Nationalismus und Revanchismus und wahrscheinlich sogar ein neuer „europäischer Bürgerkrieg“.

Rückblickend liefert die deutsche Entwicklung der 1920er Jahre eine Art Modell für den fehlerhaften Umgang von demokratischen Siegermächten mit dem Unterlegenen. Es stand in der Macht der damaligen Sieger, auch auf die innenpolitische Entwicklung Deutschlands Rücksicht und Einfluss zu nehmen. Es hätte einer klugen und verantwortungsvollen Politik der Sieger entsprochen, jegliche wirtschaftliche Überforderung der besiegten Nation zu unterlassen und auch die dadurch bedingte Erstarkung von extremistischen, auf Vergeltung drängenden Strömungen zu unterbinden.

Die Politik der Westalliierten nach dem Zweiten Weltkrieg hingegen kann als erfolgreiches Gegenmodell zur Misere der Siegerpolitik nach 1918 gelten. Dass die historischen Umstände, nämlich der nach 1945 beginnende „Kalte Krieg“, die Politik der Westalliierten gegenüber Deutschland bestimmten, ändert nichts an der geschichtlichen Tatsache: In Deutschland entfaltete sich eine demokratische Verfassungswirklichkeit, und sie wurde von der raschen wirtschaftlichen Erholung nicht nur entscheidend gestützt, sondern das sogenannte Wirtschaftswunder stellte vermutlich eine *Conditio sine qua non* für die zunehmende demokratische Stabilisierung dar – in einem Land, dessen Bevölkerung noch mehrheitlich zumindest aus Mitläufern der Nazis bestand.

Auch die europäische Integration spiegelt den fundamentalen Unterschied zur Situation nach dem Ersten Weltkrieg wider. Die Deutschen hatten am Ende des Zweiten Weltkriegs weder die Erwartung noch gar irgendeinen legitimen Anspruch, dass sich die vom Nazi-Regime heimgesuchten Völ-

¹⁰ Ebd.

¹¹ John Maynard Keynes, *The Economic Consequences of the Peace*, in: ders., *Collected Writings*, Bd. 2, London-Basingstoke 1971; ders., *A Revision of the Treaty. Being a Sequel to The Economic Consequences of the Peace*, in: ders., *Collected Writings*, Bd. 3, London-Basingstoke 1971.

ker zur Versöhnung oder sogar zur Anerkennung Deutschlands als Partner in einem vereinten Europa durchringen würden. Doch dieses historische „Wunder“ wurde Wirklichkeit. Umso beschämender für die Deutschen ist deshalb die kauderdeutsche Großmäuligkeit, mit der ein CDU-Spitzenpolitiker jüngst nicht nur sich selbst beschädigte. In unseren westlichen und östlichen Nachbarländern mag darüber mehr gelacht als gegiftet werden. Aber ob das auch so bleibt, wenn die deutsche Bundesregierung durch ihre Verweigerungs politik den Eindruck erweckt, jene unverfrorene Rhetorik des „In Europa wird jetzt Deutsch gesprochen“ spreche etwas „Richtiges“ aus, es sei nur ungeschickt formuliert – anstatt sie in ihrer hinterwäldlerischen Dummheit offen zu desavouieren? Altbundeskanzler Schmidt gehört zu den ganz wenigen Prominenten der politischen Klasse, die ungeschminkt in Erinnerung rufen, dass die nationalsozialistische Katastrophe Deutschlands nie in Vergessenheit geraten wird, sondern dass den Deutschen allenfalls das Geschenk der Vergebung zuteil wird, so wie humane Klugheit einem resozialisierten Verbrecher begegnet.¹²

Ist Solidarität ein Fremdwort?

Umso problematischer ist es, dass die Konzeption der als Konsolidierungs politik bezeichneten Strategie des Sparens und Kürzens, die den südeuropäischen Staaten heute abverlangt wird, in erster Linie von Vorstellungen der deutschen Regierung bestimmt wurde. Zwar legitimiert sie ihre Härte mit dem unbestreitbaren Sachverhalt, dass die Schuldner-Staaten ihre prekäre Situation zum erheblichen Teil selbst verschuldet haben.

Doch galt das Verschulden noch vor dem Herbst 2008 als innovativ und dynamisch; es war eben das neoliberale Credo, dem alle – nicht zuletzt die Bundesrepublik – gefolgt waren, als sie deregulierten und der Spekulation grünes Licht gaben. Die Bankenrettungen deutscher Bundesregierungen trieben auch die hiesige Staatsschuld nach oben. Der wesentliche Unterschied zu den Peripherieländern besteht eben „nur“ in der höheren deutschen Wirtschaftskraft. Doch verschafft das ausgerechnet der Regierung jenes Landes, das zwei Weltkriege und einen Genozid auf seinem historischen Schuldkonto aufweist, die Legitimation eines Anklägers?

Selbst im „Sonderfall“ Griechenland, dessen Sünden besonders schwerwiegend erscheinen, wäre deutsche Zurückhaltung geboten. Das Land hat sich zwar durch manipulierte, richtiger: gefälschte, Statistiken die Aufnahme in die EWU erschlichen. Aber: Das war seit 2003 bekannt (geworden), und nichts wurde dagegen unternommen. Im Gegenteil durfte sich die konservative Vorgängerregierung des jüngst zurückgetretenen griechischen Ministerpräsidenten Papandreou kräftig verschulden. Ein Schelm, wer sich dabei erinnert, dass Griechenland einige hundert Mio. Euro für den Kauf von Erzeugnissen einer deutschen U-Boot-Werft benötigte. Es wurde nicht bekannt, dass bzw. ob die Brüsseler Kommission oder das Europäische Parlament die griechische

¹² Zuletzt auf dem SPD-Parteitag im Dezember 2011.

Justiz aufgefordert hätte, gegen die Verantwortlichen jener Statistikfälschung ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Hätten die Griechen selbst dafür sorgen sollen, dass jene Politiker dafür zur Rechenschaft gezogen werden? Dass das nicht geschah, scheint aber eben auch die europäischen Institutionen nicht zu stören.

Das Kind ist heute in den sprichwörtlichen Brunnen gefallen. Ehe es da wieder rauskann, vergeht eine Weile. Es muss inzwischen weiterleben können, und das geht nicht ohne Hilfe von außen. Reine Selbsthilfe ist in dieser Lage ausgeschlossen. Also bedarf es des Mitleids, der mitmenschlichen Hilfe oder, im Politjargon gesprochen, der „Solidarität“ – für die breite Bevölkerung. Wer anders als der Stärkste oder die Stärksten sind da gefragt?

Deutschland ist nun mal die stärkste Volkswirtschaft Europas, was leider nicht automatisch auch heißt, die politisch klügste und solidarischste Regierung zu haben. Wenn der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt vom „langfristig-strategischen deutschen Interesse“ spricht,¹³ so ist damit die schlichte Tatsache gemeint, dass Deutschland nur in einem geeinten Europa auf Dauer sein wiedergewonnenes Ansehen – und auch seine ökonomische Stellung – behaupten kann. Ihre Philosophen und christlichen Theologen mögen den Deutschen zu einer klugen Bescheidung raten, um sie vor dem Fall zu bewahren, der auf den Hochmut folgt. Ist es denn völlig unangebracht, an den Krieg, den Massenmord, die Demütigung zu erinnern, die Deutsche anderen Bevölkerungen und den eigenen Mitbürgerinnen und -bürgern antaten? Daran zu erinnern, um dagegen die läppischen, vermeintlichen finanziellen „Opfer“ zu stellen, die eine Sanierung der Schuldenkrise Südeuropas erfordern wird.

Ob dies über eine Inflation verläuft oder andere Wege gegangen werden, ist hier nicht zu erörtern. Doch in jedem Fall sind die europäische Integration, der europäische Friede und die grenzüberschreitende Sympathie zwischen den Menschen viel zu wertvoll, um sie irgendwelchen kleinkrämerhaften Finanzrechnungen unterzuordnen.

Wie politische Dummheit demokratischer Regierungen ganz undemokratische Verhältnisse herbeiführen kann, wurde am Beispiel des Untergangs der ersten deutschen Demokratie deutlich. Doch auch die jüngere Geschichte bietet vielerlei Anschauungsmaterial für diese Spielart „negativer Dialektik“ – so etwa die Invasion der Chicago-Ökonomen ins nachsowjetische Russland, die den Oligarchen in den Sattel und das russische Volk enteignen halfen, oder die trotz verheerender Kollateralschäden versagten Erfolge der Demokratie-Missionen im Irak und in Afghanistan. Manches, was noch herauskommen wird, und anderes, was wir noch erleben werden, begründen massive Zweifel, ob die Regierungen der besten aller Staatsformen, der Demokratie, auch bestens regieren. Der zunehmende „postdemokratische“ Filz von Politik und Lobbyismus wie auch die herrschenden Rekrutierungsmechanismen für politisches Führungspersonal durch die Parteien machen für die Zukunft jedenfalls nicht die allergrößten Hoffnungen.

13 Vgl. „Handelsblatt“, 5.12.2011.